

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 1. Oktober 1919, Nr. 392.

Die Kohlenfrage. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete VB-Emmerling über seine Reise nach Prag und Berlin in Angelegenheit der Kohlenbeschaffung. Er führte aus: Die Verhandlungen in Prag waren diesmal leichter zu führen, weil gewisse Voraussetzungen dafür, die das letzte Mal gefehlt haben, vorhanden waren. Eine solche Voraussetzung war der Friedenszustand, der mittlerweile zwischen uns und der Tschechoslovakei eingetreten war, eine zweite war die Ratifizierung des Vertrages. Wir haben bei den Verhandlungen selbstverständlich das größte Gewicht darauf gelegt, dass die im Vertrage namhaft gemachten Mengen für Deutschösterreich ^{aus}geliefert werden. Wir verwiesen darauf, dass wir nicht ein Stückchen Kohle mehr haben und dass bei irgend einer Störung wir nicht mehr in der Lage sind, unsere bescheidenen Betriebe aufrecht zu erhalten.

Unsere Schilderung hat zweifellos Eindruck gemacht und bei allen massgebenden Faktoren ^{zu Verhältnis} volles Verständnis gefunden, wenn uns auch überall die ^{bezüglich der Kohlenversorgung} Lage Prags sowie überhaupt der Tschechoslovakei entgegengehalten wurde. Wir haben dann dringend bindende Zusagen bezüglich der Erfüllung des Vertrages verlangt, indem wir darauf hingewiesen haben, dass selbstverständlich, dass wir nicht ohne irgend welche Zugeständnisse nach Wien kommen könnten. Wir haben die Herren darüber nicht im Zweifel gelassen, das uns mit schönen Worten nicht gedient sei, weil in Wien der Strassenbahverkehr eingestellt ist und täglich eine Million Wiener zu Fuss wandern müssen. Minister Hampel, bei dem wir zuerst vorgesprochen haben, hat uns darauf erklärt, dass er alles, was in seiner Macht stünde, vorkehren werde, um unsere Verlangen zu erfüllen. Mit dieser Zusage sind wir dann zum Minister Heidler und dem Ministerpräsidenten Tuzar gegangen und haben insbesondere gefragt, ob wir auf Grund der uns gemachten bindenden Zusage, dass nunmehr der Vertrag eingehalten werden soll, auch den Strassenbahverkehr wieder aufmachen lassen können. Als uns dies zugesagt wurde, ^{das wichtige} arbeitete wir eine Kommitte aus, das auch die tschechischen Minister zur Kenntnis nahm.

In den weiteren Unterredungen verwiesen die Tschechen darauf, dass sie nun auch den Norden Böhmens mit Kohle versorgen müssten, der früher von Schlesien aus mit Kohle versorgt worden sei. Sie verwiesen auf die grossen Schwierigkeiten im Teschener Gebiet, auf die Minderförderung, auf den Waggonmangel und dass sie nicht imstande sind, die Qualitätskohle in der Weise zu benutzen, wie sie es für ihre Industrie brauchen würden. Sie sagten uns auch, dass bei ihnen zahlreiche Industrien stille stehen müssten und schliesslich haben sie uns es auch unverständlich gegeben, dass Wien nicht besser als Prag mit Kohle beliefert werden könne. In Prag habe man keine elektrische Beleuchtung, der Hausbrand werde nur bis zu 40 bis 50% ausgegeben und die Geschäfte müssten vorzeitig gesperrt werden. Prag, so meinten sie, könne nicht schlechter daran sein, als Wien. - Bei den weiteren Verhandlungen ergaben sich dann auch einige Differenzen. So wurde uns mitgeteilt, dass die Anlieferungen weit aus grösser sein müssten, als wir behaupteten. Man erklärte uns, dass uns viel mehr Kohle geschickt worden sei, als wir aufgezeichnet hätten. Wir konnten uns demgegenüber nur auf die faktischen Einläufe berufen und diese zur Grundlage unserer Beratungen nehmen. Zur Austragung dieser Differenzpunkte wird nun eine neue Konferenz im Laufe dieser Woche stattfinden, zu der sich unsere Unterhändler wieder nach Prag begeben werden. Was die Mengen Kohle anbelangt, die wir geliefert erhalten werden, so dürfen wir uns darüber keine zu grossen Vorstellungen machen. Sie werden gerade ausrei-

chend sein, um die Betriebe zur Not aufrecht erhalten zu können. Ob wir für jeden Betrieb das genügende Quantum bekommen werden, das ist aber noch die Frage und es wird deshalb wahrscheinlich auch in Zukunft notwendig sein, dass der eine Betrieb bei dem anderen eine Anleihe wird machen müssen.

Von Prag sind wir dann nach Berlin gefahren und haben zunächst mit dem Reichskohlenkommissär Stutz Rücksprache wegen Erfüllung des Vertrages genommen. Zu den schmerzlichen Bedenken sind seither noch neue hinzugekommen. Die Deutschen haben die Verpflichtung übernommen 20 Millionen Tonnen Kohle an die Entente zu liefern. Sie haben 17.000 Lokomotiven zurückbekommen, allein das ist keine Erleichterung für sie, weil die Mehrzahl der Lokomotiven unbrauchbar sind und daher repariert werden müssen. Auch hat die Entente erklärt, dass sie auf brauchbare Lokomotiven wieder Anspruch erheben werde. Ferner wurde Klage darüber geführt, dass Wagenzüge, wenn sie nach Westen geschickt werden, nicht mehr zurückkommen, weil Deutschland noch nicht die vorgeschriebene Wagenanzahl abgeliefert hat. Demgegenüber haben aber auch schliesslich die Deutschen erklärt, dass sie den Vertrag erfüllen wollen. Allerdings machen sich bei der Erfüllung Schwierigkeiten wegen der Wagenbeistellung geltend, weshalb uns die Deutschen mitteilten, dass, wenn wir ihnen eigene Wagen schicken könnten, die Versorgung viel prompter vor sich gehen würde. Leider ist das nicht möglich, weil die Tschechen wieder erklären, dass, solange der gemeinsame Wagenpark vorhanden ist, es unmöglich sei, einem einzelnen Staate eine grössere Anzahl von Wagen zur Verfügung zu stellen. Wir müssen deshalb mit dieser Massregel solange warten, bis der Friedensvertrag ratifiziert ist. Erst dann kann die Aufteilung des Wagenparkes vorgenommen werden. Wir haben den Deutschen nachgewiesen, dass sie uns aus dem schlesischen Revier nur 11% Kohle gegeben haben, während vor dem Kriege die Belieferung 35% betrug, worauf uns geantwortet wurde, dass sei möglich gewesen, weil man eben damals in Deutschland noch Saar- und Ruhrkohle zur Verfügung hatte. Ferner haben sie auf die Schwierigkeit verwiesen, die darin besteht, dass sie Kohle nicht mehr direkt nach Norden schicken könnten, weil ihnen ihre direkte Kohlelinie von den Polen weggenommen worden sei. Ueber polnisches Gebiet könnten sie aber keine Kohle führen, weshalb sie die Kohlenzüge über Breslau und noch weiter in das Innere Deutschlands insidieren müssten. Gegenwärtig schweben mit Polen Verhandlungen und wenn diese zu einem günstigen Resultate führen, so könnten auch wir auf mehr Kohle hoffen. Was die Förderung anbelangt, so wurde uns gesagt, dass sie in nicht unbeträchtlicher Weise in die Höhe gegangen ist.

Nachzutragen habe ich noch, dass wir den Tschechen auch rücksichtslos erklärt haben, sie haben dadurch, dass sie in Paris für die Selbstständigkeit unseres Staates eingetreten sind, auch die Verpflichtung übernommen, uns die Möglichkeit zu dieser Selbstständigkeit zu bieten und dazu zähle eben auch die Kohlenversorgung.

Aus den Verhandlungen ist der Schluss zu ziehen, dass, wenn auch der Vertrag eingehalten wird, wir nicht in der Lage sein werden, irgend welche Vorräte anzusammeln. Wir werden zu keiner geordneten Kohlenwirtschaft gelangen und es werden nach wie vor eine Reihe von Absperrmassnahmen und Einschränkungen notwendig sein. Störungen in der Kohlenversorgung werden auch in Zukunft nicht zu vermeiden sein und für unsere Gas- und Elektrizitätswerke werden wir nur bescheidene Reserven ansammeln können.

(Fortsetzung des Berichtes in der 2. Ausgabe.)

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Samstag werden im 9. und 21. Bezirk $\frac{1}{2}$ Kg Kartoffel pro Kopf zum Preise von 2 K 60 pro kg abgegeben. Abgetrennt wird der Abschnitt „O“ der Kartoffelkarte. Ausserdem werden am Donnerstag ausserhalb der Rayonierung auf den Märkten im 14., 16., 18. und 20. Bezirk Kipflerkartoffel, $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zum Preise von 3 K 84 pro kg, gegen Durchlochung des Buchstabens „T“ am unteren Rande der Mehlbezugskarte abgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 1. Oktober 1919, Nr. 393.

(Fortsetzung des Berichtes „Die Kohlenfrage“.)
^{In der sich am 29. Okt. abspielenden Session hat}
StR. Vaugoin (chr. soz.) aber, dass es den Tschechoslovaken schwer fallen wird, den Vertrag einzuhalten. Darüber, dass die Bevölkerung im Winter wird frieren müssen, sei man sich jetzt bereits im Klaren. Unsere Pflicht ist es nur zu trachten, diese Schwierigkeiten der Kohlenversorgung möglichst zu verkleinern und zu diesem Zwecke ist es notwendig, dass an die Entente herangetreten wird, dass sie uns einen Teil von den Kohlen, die dem Friedensvertrag gemäss an Frankreich abzuliefern ist, zuweist. Die Frage der amerikanischen Kohle darf nicht außer Auge gelassen werden. Wenn es auch klar ist, daß der Preis von 30 bis 40.000 Kronen für einen Waggon amerikanischer Kohle/ ^{für die Allgemeinheit} unerschwinglich ist, so wird es doch eine Anzahl von Industrien geben, die einen verhältnismässig geringen Kohlenverbrauch haben und deshalb einen hohen Kohlenpreis leichter in Kauf nehmen können. Der Tiefstand unserer Valuta wird es trotz der hohen Kohlenpreise noch möglich machen, konkurrenzfähig zu bleiben. Es muss aber darauf gesehen werden, daß auch tatsächlich alle Lieferungen an das Ausland auch in ausländischer Valuta beglichen werden, nicht wie es vorgekommen ist, daß gewaltige Wertungslieferungen nach Rumänien in ungestempelten Kronennoten bezahlt wurden. Redner teilte sodann mit, daß er sich persönlich an den Zentrumsabgeordneten Dr. Pfeifer in Berlin gewendet habe mit der Bitte, seinen Einfluß für die Kohlenlieferungen nach Wien geltend zu machen. Abgeordneter Dr. Pfeifer hat in einem Telegramm geantwortet, daß es ihm gelungen sei, ein Anbot auf amerikanische Kohle zu erhalten, doch sei die Preisfrage bis jetzt noch nicht geregelt.

StR. Kokra (Soz. Dem.) wünscht, daß mit den Kohlensparmassnahmen sofort eingesetzt werde, damit es möglich sei, gewisse Kohlenvorräte anzusammeln und solche Katastrophen, wie die gänzliche Einstellung des Straßenbahnverkehrs, in Zukunft womöglich zu vermeiden. Redner äussert sich über die Kohlenbeschaffung aus Amerika äusserst skeptisch, da es erwiesen sei, daß amerikanische Kohle infolge der ungeheuren Valuta fast nicht besorgt werden könnte.
StR. ^{Annahme} Feidel (Soz. Dem.) schlägt zur Ersparung von Kohle vor, eine durchlaufende Arbeitszeit in allen Betrieben einzuführen, damit die Mittagsstunden, in denen noch kein künstliches Licht verwendet werden muß, zur Arbeit verwendet werden können und damit ferner die starke Benützung der Strassenbahn zur Mittagszeit ausfalle. Ferner sei es notwendig, daß die Sparmassnahmen in den Kaffeehäusern und Vergnügungslokalen streng überwacht werden, da es erwiesen ist, daß sich besonders die besseren Lokale wenig an die verfügten Verordnungen halten. Auch müsse erwogen werden, ob nicht an Sonntagen der Straßenbahnverkehr überhaupt eingestellt werden soll, denn es sei immerhin besser, man entbehre an einem Sonntag den Strassenbahnverkehr, als an Wochentagen, wo er besonders schwer vermisst wird.

StR. Körber (chr. soz.) verlangt, daß die Lieferung amerikanischer Kohle durchaus nicht fallen gelassen werden dürfe; denn auch der teure Preis dieser Kohle dürfe nicht davon abhalten, die Katastrophe abzuwenden.

StR. Rudolf Müller (Soz. Dem.) wünscht, daß auch die Karbißbeleuchtung in dem Schankgewerbebetrieben eingeschränkt werde und daß überall dort, wo elektrischer Strom und Kohle durch Handbetrieb bzw. Verwendung von Holzkohle ersetzt werden kann, dies geschehe.

StR. Müller Josef (chr. soz.) bespricht die Holzversorgung Wiens und weist darauf hin, daß im Auhof 17.000 Kubikmeter und in der Hermesvilla 30.000 Kubikmeter Holz lagern, die in der allernächsten Zeit heringebraucht werden müssen, da es sonst unmöglich ist, das Holz aus den unwegsamen Gegenden nach Wien zu bringen.

StR. Haider (chr. soz.) fordert gleichfalls, daß Einschränkungen im Straßenbahnverkehr und in der Beleuchtung im geringen Umfange bereits für die

nächste Zeit in Erwägung gezogen werden sollen.

VB. Emmerling beantragt in seinem Schlußworte die Einsetzung eines städtlichen Komitees, daß sich mit der gesamten Kohlenangelegenheit ständig zu befassen haben soll. In dieses Komitee wurden die StRe. Seidel Amalie (Soz. Dem) Kokrda (Soz. Dem.), Izer (Soz. Dem.), Täubler (Soz. Dem.), Vaugoin (chr. soz.) und Körber (chr. soz.) gewählt.

Bürgermeister ^{Reumann} teilte sodann mit, daß er in der nächsten Gemeinderatsitzung einen Kohlenbericht erstatten und folgende Anträge dem Gemeinderate vorlegen werde: In Kenntnis der ungenügenden Anlieferung von Kohle für den Bedarf der Stadt Wien wird beantragt: 1.) Es sind Maßnahmen zu treffen, die eine abermalige gänzliche Einstellung des Straßenbahnverkehrs in absehbarer Zeit ausgeschlossen erscheinen lassen. 2.) Es hat darauf hingewirkt zu werden, daß bei Eintritt einer solchen Kohlennot, die abermals die Einstellung des Straßenbahnbetriebes notwendig macht, für einen, wenn auch mangelhaften Ersatzverkehr Sorge getragen wird. 3.) In der Kohlenbeschaffung sind solche Verfügungen zu treffen, die eine bessere Belieferung der Elektrizitätswerke voraussehen lassen. 4.) Für die Beschaffung der Hausbrandkohle und für die Holzbeschaffung sind sehr rasch entsprechende Maßnahmen zu treffen. Hierüber ist wöchentlich in der Gemeinderatsitzung Bericht zu erstatten.

Vermehrung der Umkleidezellen im Herrenbad des „Gänsehüfels.“ Die im Herrenbade des Strandbades „Gänsehüfel“ befindlichen 102 Umkleidestellen genügen nicht der Nachfrage. Der Stadtrat hat daher nach einem Berichte des VB. Emmerling die Vermehrung der Umkleidestellen um 204 Stück mit einem Kostenbetrage von 30.000 Kronen genehmigt.

Errichtung eines Spielplatzes für den Kindergarten II. Aspernallee. Nach einem Berichte des StR. Siegl beschloss der Stadtrat, den an das Schulgebäude im II. Bezirk Aspernallee 5 grenzenden Grund, im Ausmasse von ungefähr 2400 Quadratmeter, der Eigentum der Donauregulierungskommission ist, zur Errichtung eines Spielplatzes für den Kindergarten zu pachten. Hiefür wird ein jährlicher Pachtschilling von 4 Kronen als Anerkennungszins bezahlt.

Vergrößerung des Stranbades „Alte Donau“. Das Strandbad „Alte Donau“ genügt weder räumlich noch in Bezug auf die vorhandenen Kleiderablagestellen den Ansprüchen der Bevölkerung. Der für die Erweiterung des Bades in Betracht kommende Grund, welcher der Donauregulierungskommission gehört, wurde bereits bei der Anlage des Bades für eine künftige Erweiterung in Betracht gezogen und von der Gemeinde gepachtet. Die Erweiterungsarbeiten werden im Eigenbetriebe durchgeführt, so dass viele Badebedienstete, die nach Schluss der Badezeit entlassen werden müssten, Beschäftigung finden werden. Die Gesamtkosten für die Erweiterungsarbeiten betragen 80.000 Kronen und wurden nach einem Berichte des VB. Emmerling im Stadtrate genehmigt.

Erste österreichische Sparkasse. Im September wurden in diesem Institute von 7833 Parteien 14,065.189 Kronen eingelagt, an 13,476 Parteien 19,776.584 Kronen rückgezahlt und belief sich der Gesamteinlagenstand am 30. September auf 679,204.457 Kronen. Hypothekendarlehen wurden 2,222.732.04/ zugezählt, dagegen 1,593.417.94 Kronen rückgezahlt, so dass sich der Stand der Hypothekendarlehen Ende des Monats auf 320,141.911.62 Kronen stellte. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich auf 17,480.624.07 Kronen; 60jährige Pfandbriefe waren 18,025.800 Kronen im Umlaufe. Wechsel wurden 2,042.700 Kronen eskontiert, dagegen 632.300 Kronen einkassiert. Der Besitz an Wechsela und Schatzscheinen betrug sonach am 30. September 17,052.300 Kronen.
